



Alles wächst – nur wie lange?

Zu den aktuellen Frühjahrsprognosen

Aufschwung hält an – noch!	2
Die Prognosen im Einzelnen.....	2
Arbeitsmarkt – gemischte Bilanz	5
Öffentliche Haushalte auf gutem Weg?.....	6
Resümee	9

Aufschwung hält an – noch!

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft verblüfft. Kaum jemand hatte erwartet, dass nach dem schwersten wirtschaftlichen Einbruch seit Ende der 1920er Jahren die deutsche Wirtschaft so schnell und so deutlich wieder in den Wachstumsmodus schaltet. Nach dem Umschwung von der massiven Wirtschaftsschrumpfung in den Aufschwung ab Mitte 2009 gab es noch erhebliche Befürchtungen, dass dies schnell wieder vorbei sein könnte.

Im Frühjahr 2011 stehen allerdings weiterhin alle Zeichen auf Aufschwung. Hier stimmen die in der Gemeinschaftsdiagnose zusammengeschlossenen neoklassischen Wirtschaftsforschungsinstitute¹ mit dem Gutachten des Makro-Konsortiums² unter der Federführung des gewerkschaftsnahen *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* überein.

Ob sich ein selbsttragender Aufschwung einstellt, muss sich nach dem Auslaufen von Sondereffekten erst noch zeigen.

Allerdings hat die deutsche Wirtschaft gerade erst das Produktionsniveau an Waren und Dienstleistungen der Vorkrisenzeit erreicht. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob die Antriebskräfte für mehr als ein Rückfedern auf alte Zustände reichen. Bisher kann der Aufschwung kaum als selbsttragend bezeichnet werden, weil die Konjunktur noch massiv von den nationalen wie internationalen Konjunkturprogrammen angeschoben wurde. Dieser Schub ist nun weitgehend aufgebraucht.

Auch der private Konsum profitierte bislang davon, dass viele Kolleginnen und Kollegen wieder von Kurzarbeit in Vollzeit gewechselt sind, also wieder mehr verdienen. Weitere einkommensbedingte Wachstumsimpulse hängen nun davon ab, inwieweit es gelingt, Reallohnsteigerungen durchzusetzen. Auch vom Außenhandel kamen seit Mitte 2009 positive Wachstumsimpulse, weil sich die in der Krise abgestürzten Exporte wieder auf das Vorkrisenniveau hochgeschraubt haben. Ob die Exporte angesichts der Schuldenkrise und den umfassenden Sparprogrammen in den Absatzländern Deutschlands auch darüber hinaus gehen, muss sich erst noch erweisen.

Die Prognosen im Einzelnen

Sowohl Gemeinschaftsdiagnose wie Makro-Konsortium haben ihre Wachstumsprognosen für 2011 noch einmal erhöht. Die Gemeinschaftsdiagnose ist etwas optimistischer und geht nun

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst; Halle April 2011

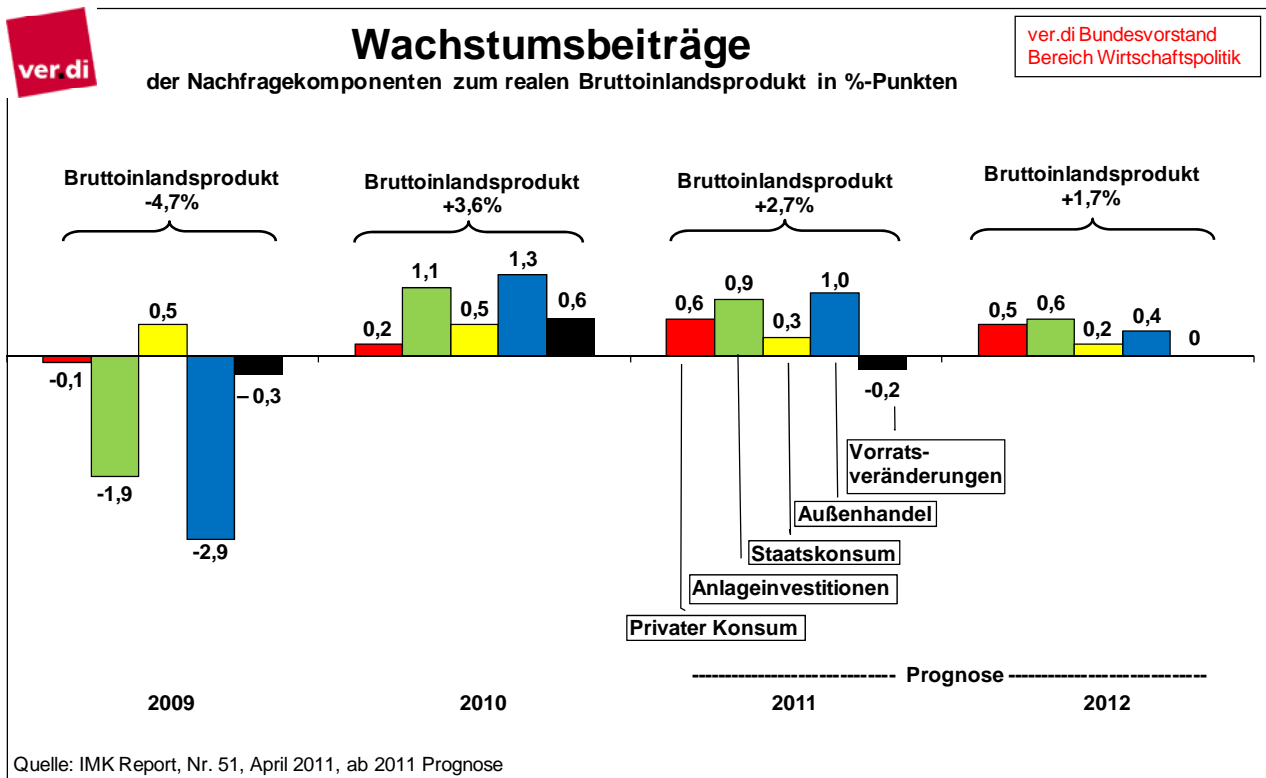
² IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien): Der Euroraum im Umbruch. Erste gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums; IMK Report Nr. 61, April 2011

von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,8 Prozent aus, das Makro-Konsortium bleibt mit 2,7 Prozent leicht darunter.³ Hauptsächlich tragen zu diesem Wachstum der Außenhandel und die Anlageinvestitionen mit je rund einem Drittel bei. Privater und staatlicher Konsum steuern zusammen lediglich das verbleibende Drittel bei.

Für 2012 wird in beiden Gutachten mit einer deutlichen Abschwächung des Wachstums gerechnet. Hier ist die Gemeinschaftsdiagnose mit einem Anstieg des BIP um 2,0 Prozent um einiges optimistischer als das Makro-Konsortium, das lediglich mit einem Zuwachs von 1,7 Prozent rechnet.

In der niedrigeren Prognose für 2012 dokumentiert sich die nach wie vor hohe Exportabhängigkeit des deutschen Wachstumspfad.

Der mit dem Zurückfedern des Exports auf Vorkrisenwerte erfolgte Wachstumsschub läuft zunehmend aus. Seit Mitte 2010 ist der deutliche Anstieg der monatlichen Exporte erst einmal zu Ende. Angesichts der europäischen Turbulenzen, der sich ausweitenden Verschuldungsproblematik und den überall aufgelegten Sparhaushalten verschlechtern sich die Aussichten auf weitere Exportsteigerungen der deutschen Wirtschaft.⁴ Auch wenn der Exportüberschuss auf dem hohen Niveau bleibt, resultiert hieraus keine zusätzliche Produktion, mit-



³ Die Frage nach Inhalt und Qualität von Wachstum sei an dieser Stelle ignoriert, siehe dazu: Wirtschaftspolitischen Informationen 2/2011: Sozial-ökologischer Umbau statt pauschale Wachstumskritik, www.wipo.verdi.de

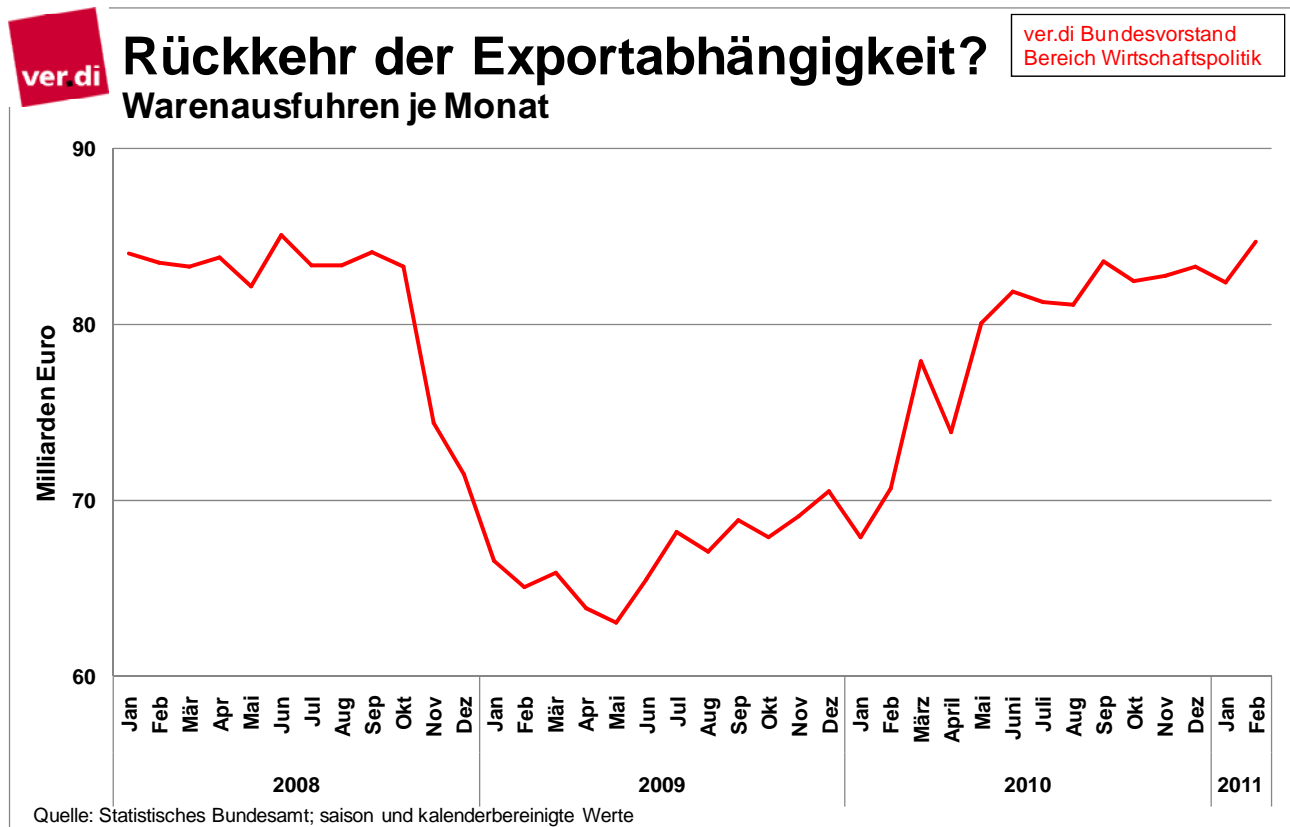
⁴ Zur Eurokrise siehe die kürzlich erschienenen Wirtschaftspolitischen Informationen 3/2011: Krise der Eurozone – solidarisch aus der Krise, www.wipo.verdi.de

hin auch kein (Beitrag zum) Wachstum. Nur wenn der Exportüberschuss weiter dauerhaft über das Vorkrisenniveau hinaus steigt, würde hierdurch das Wachstum angeschoben. Diesbezüglich sind aber beide Prognosen skeptisch und prognostizieren für 2012 lediglich einen Wachstumsbeitrag des Außenhandels von 0,4 bzw. 0,3 Prozentpunkten.

Nur ein steigender Exportüberschuss führt zu mehr Wachstum.

Die vorhandenen Unterschiede in den Wachstumsprognosen für 2012 beruhen im Wesentlichen darauf, dass das Makro-Konsortium pessimistischer ist, was die Entwicklung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen angeht. Der Beitrag des Privatkonsums wird mit 0,5 Prozentpunkten und der Investitionen mit 0,6 Prozentpunkten prognostiziert – gegenüber 0,7 und 0,9 Prozentpunkten bei der Gemeinschaftsdiagnose.

Hier spiegelt sich die Nachfrageorientierung des Konsortiums wider. Denn von irgendwoher muss der Anstieg des privaten Konsums kommen. Auch Investitionen werden nicht ins Blaue hinein getätigt, sondern hängen letztlich von der Entwicklung der Nachfrage ab. Deutliche Einkommenssteigerungen wären also in beiden Fällen Voraussetzung für einen stärkeren Anstieg. Beide Prognosen gehen davon aus, dass die Tariflöhne in diesem Jahr um rund zwei Prozent steigen. Angesichts des prognostizierten Anstiegs der Verbraucherpreise um ebenfalls zwei Prozent (Konsortium) bzw. 2,4 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose) bleibt real nichts davon übrig. Ein Anstieg der Konsumnachfrage kommt daher nur zustande, weil beide Gutachten



wegen des weiteren Rückgangs der Kurzarbeit von einer stärkeren Erhöhung der effektiven Stundenlöhne ausgehen, und weil die Beschäftigung steigt.

Gerade bei der Prognose der Entwicklung von Löhnen und Gehältern und des privaten Konsums hatten sich bereits in der Vergangenheit immer wieder Widersprüche und Fehler in der Gemeinschaftsdiagnose gezeigt: Einerseits gehört es zum neoklassischen Kernbestand Lohnzurückhaltung zu fordern und in der Konsequenz auch niedrige Einkommenszuwächse zu prognostizieren. Angeblich würden so Wachstum und Beschäftigung gefördert. Andererseits wurden immer wieder hohe Wachstumsbeiträge des privaten Konsums unterstellt, um gewünschte optimistische Wachstumshöhen prognostizieren zu können. Diese hatten sich dann jedoch fast schon regelmäßig als zu hoch herausgestellt.⁵ Solange eine deutliche Trendwende bei der Lohnentwicklung nicht absehbar ist, dürften sich die geringeren Wachstumsprognosen des Makro-Konsortiums als die realistischeren herausstellen.

Ein höheres Wachstum ist nur realistisch, wenn es gelingt, deutlich höhere Einkommenssteigerungen durchzusetzen.

Arbeitsmarkt – gemischte Bilanz

Der Aufschwung zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt, der die Krise verhältnismäßig glimpflich überstanden hatte. Zwar ist das Arbeitsvolumen um 2,6 Prozent zurückgegangen, was einem Beschäftigungsverlust von rund einer Million entsprochen hätte. Doch der Abbau von Arbeitszeitkonten und Überstunden sowie die Kurzarbeit haben die Arbeitszeit pro Kopf reduziert und so Arbeitsplätze gerettet.

Nach dem leichten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2009 steigt sie seither wieder an. Im Jahresdurchschnitt waren 2010 gut 200.000 Personen mehr erwerbstätig als 2009, im laufenden Jahr kommen voraussichtlich 400.000 bis 500.000 dazu. Durch die nachlassende Dynamik des Aufschwungs geht der Zuwachs 2012 voraussichtlich wieder auf rund 200.000 zurück. Dieser Aufbau wird von der Gemeinschaftsdiagnose auch besonders herausgestellt und darauf hingewiesen, dass etwa 60 Prozent des Beschäftigungsaufbaus in Form von Vollzeitstellen stattfand.

Fast die Hälfte der neu geschaffenen Stellen sind Leiharbeitsjobs.

Mit keinem Wort wird jedoch erwähnt, dass der Beschäftigungsaufbau fast zur Hälfte bei der Leiharbeit stattfand, und dass gut ein Drittel Teilzeitstellen sind. Dadurch steigt der Anteil der

⁵ Vgl. hierzu die Zusammenstellung in den Wirtschaftspolitischen Informationen Nr. 3 vom November 2010, S. 8, www.wipo.verdi.de.

Teilzeitstellen an allen Stellen weiter an. Der Trend zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen setzt sich weiter fort.⁶

Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt allerdings nicht in gleichem Maß ab wie die Beschäftigung ansteigt. Sie geht 2011 voraussichtlich nur um 300.000 bis 350.000 zurück und liegt im Jahresdurchschnitt bei rund 2,9 Millionen und 2012 bei gut 2,7 Millionen.

Trotz deutlicher Zunahme der Erwerbstätigkeit geht die registrierte Arbeitslosigkeit nur langsam zurück.

Aufgrund der demografischen Entwicklung sinkt das Arbeitskräftepotential um rund 200.000. Zusammen mit dem prognostizierten Beschäftigungsaufbau müsste die registrierte Arbeitslosigkeit eigentlich um 600.000 bis 700.000 abnehmen. Beide Gutachten weisen darauf hin, dass der schwache Rückgang sich einerseits aus einer Zunahme von Pendlern aus dem Ausland erklärt, die von der positiven Arbeitsmarktentwicklung angezogen werden. Andererseits haben offensichtlich mehr Menschen aus der sogenannten „Stillen Reserve“ eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Hierbei handelt es um Personen, die zwar Arbeit suchen, aber nicht arbeitslos gemeldet waren. Ein Grund sind die schärferen Arbeitsmarktregeln der Agenda 2010, die Menschen offenbar entmutigt, sich arbeitslos zu melden, auch wenn sie Arbeit suchen.

Öffentliche Haushalte auf gutem Weg?

Die Verschuldung der Staatshaushalte lag vor der Wirtschaftskrise noch bei 1,6 Billionen Euro und liegt heute bei zwei Billionen Euro bzw. deutlich über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Besonders stark war der Anstieg im Jahr 2010, als die Verbindlichkeiten und Risiken aus der Bankenrettung in den Staatshaushalt ausgegliedert wurden. Ohne diese Effekte wäre die Verschuldung seit der Krise nur halb so stark gestiegen.

2010 lag das staatliche Finanzierungsdefizit bei 80 Milliarden Euro und damit um 50 Milliarden Euro niedriger als noch Anfang 2010 befürchtet.

Die jährlichen Budgetdefizite des Staats haben sich aufgrund der überraschend guten Konjunktur im Gegensatz zur Verschuldung besser entwickelt als zuvor angenommen. Statt bei über 130 Milliarden lag das Finanzierungsdefizit des Staates im vergangenen Jahr „nur“ bei gut 80 Milliarden Euro. In diesem und im nächsten Jahr wird es nach den Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose wie des Makro-Konsortiums weiter abnehmen: 2011 auf 45-50 und

⁶ Siehe Wirtschaftspolitische Informationen 2/2010: Aufschwung der schlechten Jobs. Bilanz der Beschäftigungsentwicklung seit 2000, www.wipo.verdi.de

2012 auf 25-30 Milliarden Euro. Trifft dies so ein, wurde der Maastricht-Grenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts mit 3,3 Prozent nur im Jahr 2010 gerissen.

Mit der gesetzlichen Verankerung einer Schuldenbremse hat die Politik sich selbst verpflichtet, die Neuverschuldung schrittweise abzubauen. Ab 2016 darf der Bund sich im Mittel über die Jahre hinweg nur noch mit 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschulden, die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine Schulden mehr aufnehmen. Um die Vorgaben zu erreichen hat der Bund in seiner Finanzplanung einen Abbaupfad für die Neuverschuldung mit jährlich zu erreichenden Zielwerten festgelegt. Eine Maßnahme zur Zielerreichung war das sogenannte Sparpaket vom Juni 2010.⁷ Während die Ökonomen der Gemeinschaftsdiagnose zu den Protagonisten der Schuldenbremse gehörten, hat das IMK als eines der Institute des Makro-Konsortiums in der Vergangenheit wiederholt auf die grundlegenden Probleme und Risiken der Schuldenbremse hingewiesen.

Da die konjunkturelle Entwicklung besser verläuft als ursprünglich angenommen, fällt der Abbau der Neuverschuldung leichter als erwartet. So legte die Bundesregierung noch im Sommer 2010 fest, dass allein der Bund sich in diesem Jahr mit knapp 50 und im nächsten mit 40 Milliarden Euro neu verschulden dürfe. Nach den neuesten Prognosen liegt aber die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen 2012 um rund zehn Milliarden Euro unter der alten Planung des Bundes.

Selbst wenn die Bundesregierung deutlich von einer vollständigen Umsetzung des Zukunftspakets absähe, könnten die Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Ende der Legislaturperiode trotzdem eingehalten werden.

Makro-Konsortium, IMK Report Nr. 61, April 2011

Das Makro-Konsortium weist darauf hin, dass die durch das höhere Wachstum entstandenen Spielräume für eine teilweise Aussetzung des Sparpakets genutzt werden könnten. Auf diese Weise würde die Bremswirkung auf das Wachstum reduziert, was angesichts der Risiken der weltwirtschaftlichen Entwicklung eine sinnvolle Maßnahme wäre. Zusätzlich schlägt das Makro-Konsortium vor, entstandene finanzielle Spielräume als Puffer für konjunkturell schwächere Phasen auf einem Kontrollkonto festzuhalten.

Stabil ist die Entwicklung bei den öffentlichen Haushalten dann, wenn die notwendigen öffentlichen Aufgaben damit finanziert werden können.

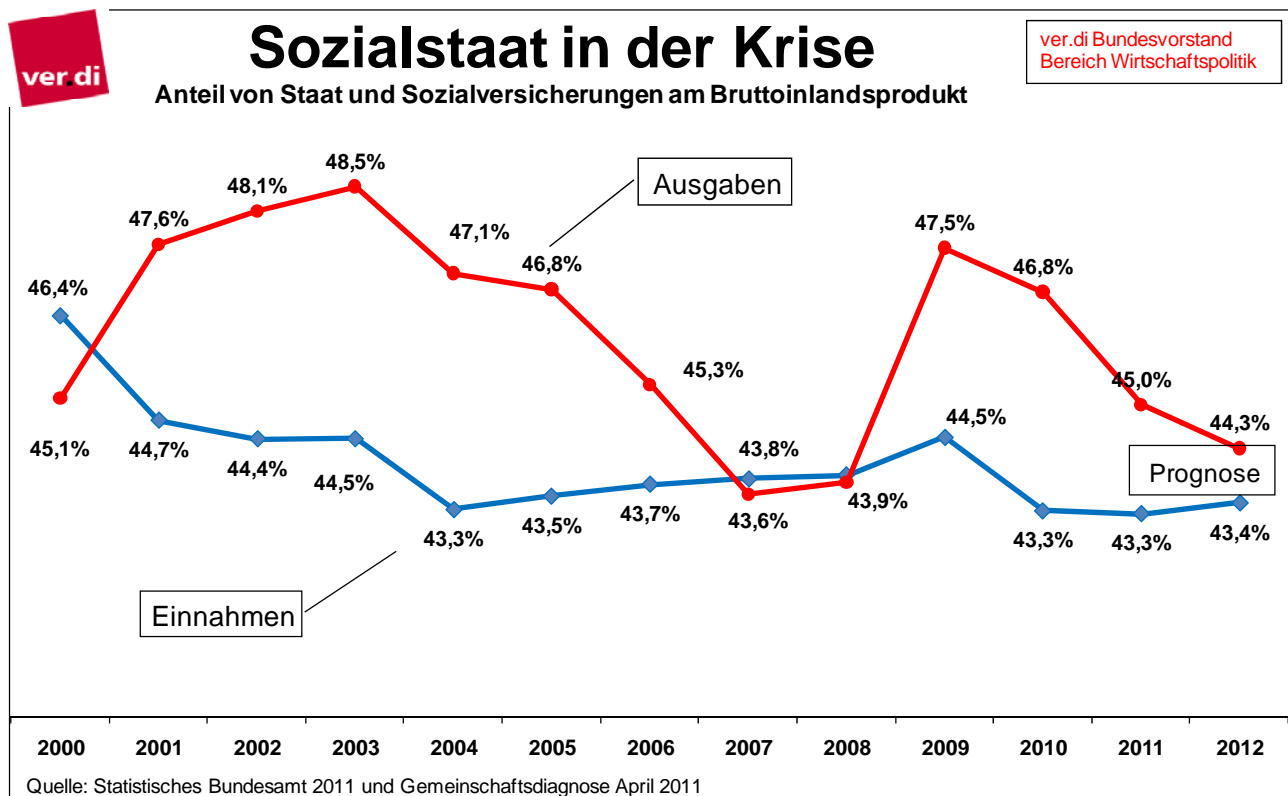
Einig sind sich die beiden Gutachten darin, dass wachstumsbedingte finanzielle Handlungsspielräume nicht für Steuersenkungen genutzt werden sollen – auch wenn Finanzminister

⁷ Siehe Wirtschaftspolitische Informationen 1/2010: Reiche verschonen – Wachstum und Sozialstaat ruinieren, www.wipo.verdi.de

Schäuble kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sie für die laufende Legislaturperiode nicht mehr ausschließen wollte. Zum einen ist der Aufschwung weiterhin mit Risiken behaftet: Kippt die Konjunktur kann die Neuverschuldung schnell wieder steigen. Ausgerechnet bei schlechterer Wirtschaftslage würde es schwieriger, die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten.

Zum anderen sind die Einnahmen und Ausgaben des Staates in den letzten zehn Jahren bereits massiv reduziert worden. Steuergeschenke vor allem an Vermögende und Unternehmer bei gleichzeitigen Kürzungen im sozialen Bereich sind Kennzeichen dieser Entwicklung – zuletzt zum Beispiel durch Steuergeschenke an Hoteliers und anschließenden Kürzungen von Sozialleistungen im sogenannten Sparpaket. In der gleichen Tradition schlagen die Ökonomen des Gemeinschaftsgutachtens wieder einmal die Streichung der teilweisen Steuerbefreiung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen und eine Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes vor.

Trotz der teilweisen Entwarnung bei den öffentlichen Haushalten steht weiterhin ihre Stärkung auf der Tagesordnung. Die Kürzungen im sozialen Bereich müssen zurückgenommen werden, und für notwendige öffentliche Ausgaben müssen die finanziellen Voraussetzungen vorhanden sein. Das gilt vor allem für die Gemeinden, die auch jetzt im Aufschwung noch Rekorddefizite hinnehmen müssen.⁸



⁸ Siehe Wirtschaftspolitische Informationen 1/2011: Städte und Gemeinden – der Aufschwung kommt in den Kassen nicht an, www.wipo.verdi.de

Resümee

Die aktuellen Gutachten sehen Deutschland für das laufende Jahr übereinstimmend noch auf Wachstumskurs. Allerdings ist hierfür eine Reihe von Sondereinflüssen verantwortlich, die aber nach und nach auslaufen. Deshalb rechnen beide Gutachten mit niedrigeren Wachstumswerten nach 2011.

Eine der wesentlichen Ursachen ist, dass vom Außenhandel kaum noch ein Wachstumsimpuls ausgeht. Angesichts von Schuldenkrise und Sparprogrammen in praktisch allen europäischen Ländern ist die Annahme unrealistisch, dass der Außenhandel wieder die gleiche Wachstumsdynamik erreicht wie vor der Krise. Durch die Maßnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse wird vom Staat auf absehbare Zeit ebenfalls kein merklicher Wachstumsimpuls ausgehen. Investitionen werden nur dann in zunehmendem Umfang getätigt und damit zum Wachstumsmotor, wenn der Absatz durch Export oder inländischen Konsum steigt. Letztlich hängt damit alles am privaten Konsum, der mit knapp 60 Prozent auch den größten Beitrag zum BIP stellt. Damit wird deutlich, wie stark die wirtschaftliche Perspektive an der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte hängt.

Höhere Löhne sind Voraussetzung für ein sich selbst tragendes Wachstum in Deutschland und würden gleichzeitig zu einem Abbau von Ungleichgewichten in Europa beitragen.

Eine höhere Binnennachfrage ist nicht nur Voraussetzung für einen sich selbst tragenden Aufschwung in Deutschland, sondern würde auch mehr Importe ermöglichen. Dies ist eine notwendige Bedingung damit europäische Ungleichgewichte zurückgehen können und die Länder mit den größten Schuldenproblemen überhaupt die Möglichkeit erhalten, ihre Verschuldung abzubauen.